

BFH-Leitsatz-Entscheidungen

1. **Kindergeld für behindertes Kind: Berücksichtigung eines Teils der Kapitalleistung aus Rentenversicherung mit Gewinnbeteiligung (Altvertrag)**
Urteil vom 15.12.2021, Az: III R 48/20
2. **Grunderwerbsteuer: Rückgängigmachung eines Erwerbsvorgangs bei Vollmachtserteilung an Notar, die Löschung einer Auflassungsvormerkung zu bewilligen**
Beschluss vom 21.12.2021, Az: VII R 5/19
3. **Lohnsteuer: Haftung für pauschalierte Lohnsteuer**
Urteil vom 14.12.2021, Az: VII R 32/20
4. **Abgabenordnung: Wiederaufleben einer Steuerforderung nach § 144 Abs. 1 InsO**
Urteil vom 14.12.2021, Az: VII R 15/19

Urteile und Beschlüsse:

1. **Kindergeld für behindertes Kind: Berücksichtigung eines Teils der Kapitalleistung aus Rentenversicherung mit Gewinnbeteiligung (Altvertrag)**
Urteil vom 15.12.2021, Az: III R 48/20
 1. Zu den Bezügen des Kindes gehört der Anteil der Kapitalleistung einer Rentenversicherung mit Gewinnbeteiligung (Altvertrag), welcher von der Versicherungsgesellschaft erwirtschaftet wurde. Dagegen handelt es sich bei dem Teil der Auszahlung, der auf angesparten Beiträgen beruht, um Vermögen.
 2. Die mangelnde Bestimmung eines Bezuges für Unterhaltszwecke muss sich regelmäßig aus den Umständen objektiv nachvollziehbar ableiten lassen. Allein die Erklärung des Kindergeldberechtigten oder des Kindes, ein Bezug sei nicht für den (gegenwärtigen) Unterhalt bestimmt, führt nicht dazu, dass dieser bei der Ermittlung der Selbstunterhaltsfähigkeit unberücksichtigt bleibt.
2. **Grunderwerbsteuer: Rückgängigmachung eines Erwerbsvorgangs bei Vollmachtserteilung an Notar, die Löschung einer Auflassungsvormerkung zu bewilligen**
Beschluss vom 21.12.2021, Az: VII R 5/19
 1. Eine Auflassungsvormerkung steht der Rückgängigmachung eines Kaufvertrags i.S. des § 16 Abs. 1 GrEStG dann entgegen, wenn der Erwerber dem Notar im notariellen Kaufvertrag lediglich die —unwiderrufliche— Vollmacht erteilt hat, die Löschung ei-

ner Auflassungsvormerkung bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen selbst zu bewilligen; denn vor Erstellung der entsprechenden Urkunde durch den Notar liegt noch keine Löschungsbewilligung in grundbuchrechtlich gebotener Form vor.

2. Eine Abtretungsanzeige, die eingeht, bevor der abzutretende Anspruch auf Erstattung von Grunderwerbsteuer nach Rücktritt vom Kaufvertrag gemäß § 16 Abs. 1 GrEStG entstanden ist, ist unwirksam.

3. Lohnsteuer: Haftung für pauschalierte Lohnsteuer

Urteil vom 14.12.2021, Az: VII R 32/20

1. Die Nichtabführung einzubehaltender und anzumeldender Lohnsteuer zu den gesetzlichen Fälligkeitzeitpunkten begründet regelmäßig eine zumindest grob fahrlässige Verletzung der Pflichten des Geschäftsführers einer GmbH. Das gilt auch im Fall der nachträglichen Pauschalierung der Lohnsteuer.

2. Bei der pauschalierten Lohnsteuer handelt es sich nicht um eine Unternehmenssteuer eigener Art, sondern um die durch die Tatbestandsverwirklichung des Arbeitnehmers entstandene und vom Arbeitgeber lediglich übernommene Lohnsteuer (Aufgabe der Senatsrechtsprechung im Urteil vom 03.05.1990 - VII R 108/88 , BFHE 160, 417, BStBl II 1990, 767).

4. Abgabenordnung: Wiederaufleben einer Steuerforderung nach § 144 Abs. 1 InsO

Urteil vom 14.12.2021, Az: VII R 15/19

1. Bei einer Streitigkeit darüber, ob eine erloschene Abgabenschuld nach § 144 Abs. 1 InsO rückwirkend wieder aufgelebt ist, handelt es sich um eine Streitigkeit über die Verwirklichung eines Steueranspruchs i.S. von § 218 Abs. 2 AO .

2. § 144 Abs. 1 InsO setzt auch bei einem in einem Drei-Personen-Verhältnis geschlossenen Vergleich voraus, dass die Leistung anfechtbar war.